

„Lage hat sich geradezu revolutionär geändert“

Im MT-Gespräch analysiert der Vorsitzende der NRW-SPD und Bundespolitiker Achim Post die Folgen des Verfassungsgerichtsurteils zum Bundeshaushalt. Dabei geht es auch um die umstrittene ICE-Neubaustrecke.

Monika Jäger

Minden. 60-Milliarden-Loch im Bundeshaushalt, Haushaltssperre und ausgesetzte Strukturprogramme in Berlin: Was bedeutet das für die Menschen vor Ort und für die Kommunen im Mühlenkreis? Einer, der das genau wissen muss, ist Achim Post. Er ist nicht nur der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete, sondern unter anderem auch Vorsitzender der NRW-SPD, Vizevorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und da zuständig für Haushalt und Finanzen. Ein Mann auf dem Weg zu noch mehr Einfluss: Im Dezember steht er beim Bundesparteitag als stellvertretender SPD-Vorsitzender zur Wahl.

Im MT-Gespräch redet er über die Zukunft der Ampelkoalition, gibt seine Sicht auf die Motive von CDU-Chef Merz ein, fordert schnelles Handeln von Bundeskanzler Olaf Scholz und sagt politische Unterstützung für die Belange der Kommunen zu.

„Was in Minden, Hille, Petershagen passiert, wird stark dadurch mitbestimmt, was bei Land und Bund passiert – das war selten deutlicher sichtbar als zur Zeit.“ Beispiel: Förderungen wie die für die Portaner Bad-Sanierung in Höhe von sechs Millionen Euro oder für das Fahrradparkhaus am Mindener Bahnhof für 2,6 Millionen Euro würden nur fließen, wenn der entsprechende Bescheid bereits schriftlich („physisch“) in Händen der jeweiligen Verwaltung liege. Ob mehr möglich sei, hänge auch davon ab, dass die Schuldenbremse für 2023 und 2024 aufgehoben werde und dieses bis Weihnachten beschlossen wird, so Post.

„Das einzig Gute an dem ganzen Haushalts-Desaster ist, dass die Bahnstrecke Minden-Hannover in die Rubrik Wolkenkuckucksheim gesteckt wird.“ Alle Beteiligten bestätigten das, wenn auch vorerst nur informell: „Am Schluss wird es über Geld entschieden, und das ist nicht mehr da.“ Auf Nachfrage, ob damit die jahrelange Diskussion etwa um Tunnel erledigt sei, ergänzte Post, das werde die Bahn noch nicht sagen, das sei für sie ein „Offenbarungsseid“, aber „sie werden es irgendwann sagen müssen.“

Scharf kritisiert Post viele der Mechanismen im Zusammenwirken der politischen Ebenen. Unabhängig von der jeweiligen politischen Mehrheit schiebe hier einer dem anderen die Verantwortung zu. Ministerpräsidentenkonferenzen seien lange Zeit „eine Beutegemeinschaft gegenüber dem Bund“ gewesen. Doch seit dem Urteil des Verfassungsgerichts sei das anders. „Jetzt ist für jeden erkennbar, dass sich die Lage finanzpolitisch und haushalterisch geradezu revolutionär geändert hat.“

Können sich die Kommunen denn



Äußert sich zum Haushalts-Desaster: der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Achim Post. Foto: Oliver Krato/Archiv

auf das Geld verlassen, das die Ministerpräsidentenkonferenz für die Aufnahme von Geflüchteten zugesagt hat, auch wenn es noch in keinem Haushalt steht? Post: „Ich denke ja, aber natürlich werden wir jetzt genau hinschauen müssen, was man noch machen kann und was nicht.“

Eine der Folgen des Urteils zum Bundeshaushalt: Politische Gewichtungen und Einflüsse sind in Bewegung. Auch

Post hält die Entlassung des Staatssekretärs für einen Fehler.

wenn die Haushaltsklage der CDU völlig legitim gewesen sei, sei das Urteil deutlich härter ausgefallen, als selbst die Kläger erwartet hätten. Jetzt sieht Post zwei Bruchlinien: Eine in der Ampelkoalition, eine in der Union.

In der Ampel seien die Zeiten vorbei, in denen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) der Moderator sein konnte. Lange habe die SPD stillgehalten, damit sich auch die kleineren Ampelpartner profilieren konnten und so die politische Stabilität („das ist ein hohes Gut“) bewahrt wurde. „Jetzt aber will die SPD auch was.“ Die Folge: „Scholz kommt

deutlich stärker unter Druck.“

Das habe auch die letzte Fraktions-sitzung gezeigt. Da hätten Post und andere von Scholz das Aussetzen der Schuldenbremse 2023 und 2024 und Entscheidung bis Weihnachten über den 24-er Haushalt gefordert. „Weil ich Olaf Scholz kenne, der neigt dazu, Dinge zu verschieben, und das kann man hier nicht.“ Post geht davon aus, dass Finanzminister Christian Lindner bei der Aufhebung der Schuldenbremse mitmacht. „Die Alternative dazu ist ein Sparhaushalt, wie wir ihn in Deutschland seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen haben.“

Post kritisiert Finanzminister Lindner dafür, dass er am Samstag Staatssekretär Werner Gatzler entlassen hat. „Das halte ich für einen Fehler.“ Denn „wenn einer den Haushalt kennt, dann der, und zwar besser als alle anderen.“ Lindner wolle jetzt offenbar deutlich machen, dass er „klare Parteileute“ brauche. Den Nachfolger sieht Post daher kritisch.

In Posts Analyse habe Lindners bisherige Amtsführung zur Abkehr von dessen eigener Klientel geführt. Die wolle keinen „klinisch reinen Haushalt“, sondern Hilfe, das gelte für Rentner, Studenten, Betriebe, Beschäftigte, Städte und Gemeinden, Krankenhäuser und

Baufirmen. So erklärten sich die Wahlniederlagen der FDP. Zudem sei Lindner auch als Parteivorsitzender stärker unter Druck – einerseits wegen der anstehenden Mitgliederbefragung mit der Frage „Raus aus der Großen Koalition“, andererseits wegen prominenten Kritikern in der eigenen Fraktion.

Bei der Union sei die Bruchlinie zwischen Bund und Ländern bereits klar erkennbar: Die Ministerpräsidenten, vor allem die der CDU, sähen kritisch, „was ihre eigene Fraktion da angerichtet hat“. Denn die Länder seien von der geänderten Lage „ausdrücklich betroffen“. Post ordnet dem Gang vor das Verfassungsgericht auch als Folge des Bemühens von CDU-Bundesvorsitzendem Friedrich Merz ein, sich selbst aus der medialen Aufmerksamkeit herauszunehmen. Erwünschter Nebeneffekt: Profilierung gegen den Konkurrenten Hendrik Wüst, den NRW-Ministerpräsidenten. „Jetzt spielt Merz den Ball hart.“ Er verfolge nun „zwei gute Varianten“. Die eine: Große Koalition ohne Neuwahlen mit einem Kanzler Scholz und einem Vizekanzler Merz – „ich glaube nicht, dass Merz das macht“, und wenn überhaupt, dann nur mit vorgezogenen Neuwahlen. „Oder er kriegt es jetzt hin, dass der ganze Laden in die Luft fliegt – dann gibt es Neuwahlen, und vielleicht auch eine Große Koalition, und er ist Kanzler.“

Das alles beeinflusse, was nun für Länder und Kommunen getan werde, in einer herausfordernden Situation mit Ukraine-Krise, Nahostkonflikt, Klima-Krise. „Diejenigen, die dagegen geklagt haben, müssen damit leben, dass wir für Klimaschutz und Transformation der deutschen Wirtschaft jetzt 60 Milliarden Euro weniger haben.“

Ein Nothilfeprogramm für Kommunen?

Gibt es in dieser Gemengelage überhaupt noch ein Ohr für die Kommunen? Post sagt klar: Ja. Denn das seien die ersten, die „richtig in die Knie gehen“, wenn die Belastungen weiter steigen. Zum einen sei das in Berlin im Zusammenhang mit den Ukraine-Flüchtlingen deutlich geworden, in der Zusage der Ministerpräsidentenkonferenz für mehr Geld. Zweitens verweist er auf den Altschuldenfonds, mit dem die Kommunen von einem Großteil ihrer Schulden befreit werden sollten. Doch da mache die Union nicht mit. Eine Folge, unkt Post, könnte sein, dass dann das Land NRW für hoch verschuldete Ruhrgebietskommunen einspringen muss und dann kein Geld mehr für die anderen Städte und Gemeinden da sei.

Was wird er tun? Post verweist auf ein Forderungspaket der NRW-Landesvorstands der SPD und der SGK NRW, der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, an die Landesregierung NRW. Darin geht es um fünf Punkte. Erstens: Die Kommunen sollen einen höheren Anteil des Geldes bekommen, das das Land aus Einkommens- oder Umsatzsteuer erhält: 25 statt wie bisher 23 Prozent. Zweitens: Ein Nothilfeprogramm, um Kommunen vor Haushaltssicherung oder Nothaushalten zu bewahren. Drittens: Eine Lösung für Altschulden. Viertens: Kommunen zu mehr Selbstverwaltung befähigen – indem sie mehr Geld, auch für die Bereiche Bildung, Straßenbau und Wärmeplanung erhalten – hier sei ein Stärkungspakt Kommunen erforderlich. Und fünftens die „bürokratische Überregulierung“ abzubauen.

Nun ist die SPD im Land nicht in Regierungsverantwortung, aber im Bund. Post dazu: „Ich werde ein Augenmerk drauf haben, gerade auch in der neuen Funktion als Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen, dass die Kommunen nicht die Leidtragenden sind.“

Die Autorin ist erreichbar unter Monika.Jaeger@MT.de